

# Cuxhavener Erklärung

**Demokratie stärken, Europa leben und das Leben der Menschen einfacher machen**

## Präambel

Die europaweite Hilfe und Solidarität sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger während des Weihnachtshochwassers in Niedersachsen zeugt davon, dass unsere Gesellschaft in schwierigen Zeiten zusammenhält. Dem Entstehen der Niedersächsinen und Niedersachsen auf den Demonstrationen für Demokratie gilt unser Respekt und unsere Anerkennung. Die Bereitschaft, sich in Staat und Gesellschaft einzubringen und Verantwortung zu übernehmen, ist durch nichts zu ersetzen. Unsere Politik muss authentisch, nahbar und gestaltbar sein. Aus diesem Grund fordern wir auf Bundesebene ein Demokratiefördergesetz.

Derzeit führt eine überbordende Bürokratie bei vielen Menschen zu Frustration. Unsere Aufgabe als SPD-Landtagsfraktion ist es, das Leben der Menschen in Niedersachsen einfacher, unbürokratischer und digitaler zu machen. Die Cuxhavener Erklärung ist Ausdruck der Schwerpunkte der diesjährigen Klausurtagung: Stärkung der Demokratie, Europa leben, Bauen und Wohnen vereinfachen sowie Wirtschaft stärken und damit gute Arbeit fördern.

## 1 **Stärkung unserer Demokratie und Zusammenhalt der Gesellschaft – was braucht Niedersachsen?**

Das Vertrauen in Staat und Politik ist eine der tragenden Säulen der Demokratie. In den vergangenen Jahren ist der Rechtsextremismus zu einer existenziellen Bedrohung angewachsen. Desinformationskampagnen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zur wehrhaften Demokratie gehören handlungsfähige Sicherheitsbehörden und eine starke Zivilgesellschaft. Die Polizei ist die erste Verteidigerin, der Verfassungsschutz das zentrale Frühwarnsystem und Staatsanwaltschaften, Gerichte und Justizvollzug Hüter unserer Demokratie. Noch nie in der Geschichte Niedersachsens waren so viele Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. 20.000 Frauen und Männer sorgen für unsere Sicherheit. Diese Stärke werden wir beibehalten, anlassbezogen ausbauen und die Aus- und Fortbildung weiterentwickeln. Projekte wie „Polizeischutz für die Demokratie“ werden wir ausbauen. Wir digitalisieren die Arbeit in der Polizei weiter, stärken digitale Ermittlungskompetenzen und investieren in moderne IT-Infrastruktur. Die nachrichtendienstliche Beschaffung von Informationen sowie die Information der Öffentlichkeit und politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sind unverzichtbar.

Daher werden wir das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz novellieren und schaffen damit Möglichkeiten, auf die veränderte Gefährdungslage reagieren zu können. Unser Verfassungsschutz muss weiterhin die Möglichkeiten haben, Bedrohungen effektiv und frühzeitig zu erkennen, Demokratiefeindinnen und Demokratiefeinde und Extremistinnen und

Extremisten aufzuspüren und zu beobachten.

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Die Grenzen des Sagbaren dürfen nicht weiter verschoben werden, denn aus Worten werden schnell auch Taten. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ (ZHIN) bei der Staatsanwaltschaft Göttingen personell zu stärken, um der ansteigenden Zahl an Straftaten entgegen zu wirken und die Verfahren schneller abschließen zu können. Im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte werden wir darauf drängen, dass für Lehrkräfte ein Pilotmodul zum Thema Antisemitismus entwickelt wird. Zudem setzen wir uns für ein Jugenddemokratieprogramm ein.

Unsere Hochschulen sollen freie, keinesfalls aber rechtsfreie Räume sein. Die antisemitischen und israelfeindlichen Vorfälle an deutschen Hochschulen nach dem 7. Oktober 2023 machen Handlungsbedarf deutlich. Als SPD-Landtagsfraktion arbeiten wir daran, den Hochschulen rechtssichere Sanktionen durch eine Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes an die Hand zu geben.

Die Landeszentrale für politische Bildung und die Orte der Erwachsenenbildung unterstützen Menschen in ihrem Engagement und ermöglichen demokratische Teilhabe, die wir als SPD-Landtagsfraktion weiter stärken werden.

Demokratie und der Zusammenhalt der Gesellschaft bilden die Grundlage für das gemeinsame und solidarische Miteinander in unserem Land. Das im Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz ist Ausdruck und Garant dessen. Es ist die beste aller Verfassungen der deutschen Geschichte und wird am 23. Mai 75 Jahre alt. Diese Errungenschaft gilt es zu würdigen. Als SPD-Landtagsfraktion werden wir diesen Tag begehen und mit verschiedensten Aktionen vor Ort in den Wahlkreisen diesen so wichtigen Tag begleiten.

## 2 **Wohlstand und Demokratie in Europa sichern**

In Zeiten, in denen Europa von innen und außen angegriffen wird, gilt es den Frieden, die Sicherheit der Menschen und die Demokratie zu schützen. Als SPD-Landtagsfraktion werden wir, unseren Beitrag leisten, mit einem starken demokratischen Europa das Leben der Menschen weiter zu verbessern.

Die Europawahl im Juni entscheidet darüber, ob wir Europa stärken und voranbringen können, oder ob rechtsextreme Parteien an Macht gewinnen, die Europa abwickeln und zerstören wollen. Das Programm der Populistinnen und Populisten und Rechtsextremistinnen und Rechtsextremen ist ein Verarmungsprogramm für Europa und unseren gesamten Kontinent. Wir werden kämpfen, um den europaweiten Rechtsruck aufzuhalten.

Die Europäische Union hat sich in den Krisen der vergangenen Jahrzehnte bewährt. Sozialdemokratische Krisenbewältigung hat Europa zusammengeführt. Während der Corona-Pandemie haben grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der größte

Wiederaufbaufonds in der europäischen Geschichte bewiesen, wie Solidarität den europäischen Gedanken stärkt. Eine zentrale Aufgabe, vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, ist die Sicherung des innereuropäischen Friedens.

Als SPD-Landtagsfraktion werden wir uns dafür einsetzen, dass Niedersachsen in der EU auch weiterhin eine starke Rolle einnimmt. Die deutsch-französische Freundschaft sowie die Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten gilt es auch seitens Niedersachsens weiter zu fördern. Wir werden unsere niedersächsischen, partnerschaftlichen Beziehungen in Europa und die neu gegründete Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Oblast Mykolajiw durch einen intensiven Austausch weiter stärken.

Gemeinsam mit unseren Europa-Abgeordneten werden wir uns als SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass hohe Standards auf EU-Ebene harmonisiert werden. Exemplarisch können hier faire Arbeitsbedingungen, Inklusion, Frauenrechte sowie soziale, ökonomische und ökologische Daseinsvorsorge genannt werden. Einen Schwerpunkt wollen wir auf den Themenbereich „Gute Arbeit“ legen, um mit unseren Europa-Abgeordneten soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene zu etablieren.

Das Zusammenwachsen Europas ist in unserem Bundesland allgegenwärtig und die EU unterstützt das Leben der Menschen in Niedersachsen ganz konkret. Als SPD-Landtagsfraktion setzen wir uns für mehr Niedersachsen in Europa und gelebte europäische Werte in Niedersachsen ein. Auch und gerade vor dem Hintergrund der Europawahl im Juni 2024 werden wir darauf drängen, dass ein Bekenntnis zu Europa in die Landesverfassung aufgenommen wird. Ein besonderer Anlass, Europa zu würdigen, wird der Europatag am 9. Mai 2024 sein, den wir als SPD-Landtagsfraktion begleiten werden und hier für einen breiten Zusammenschluss aller demokratischen Parteien appellieren.

Die EU hat uns eine lange Periode des Friedens und des Wohlstandes beschert. Dieser Wohlstand kann nur dann gesichert werden, wenn die europäischen Staaten in den kommenden Jahren noch weiter zusammenrücken. Dafür bedarf es einer handlungsfähigen, demokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament. Die EU muss dazu in der Lage sein, Frieden, Freiheit und Wohlstand zu bewahren. Vor diesem Hintergrund wird es darauf ankommen, dass wir für demokratische Mehrheiten im Europäischen Parlament kämpfen. Zugleich wissen wir, dass es auch an uns liegt, in welcher EU die Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens morgen leben. Am 9. Juni 2024 haben wir alle die Wahl, für ein demokratisches, soziales und handlungsfähiges Europa zu stimmen und unsere Demokratie zu verteidigen.

### 3

#### **Bauen und Wohnen – leichter, schneller, günstiger**

Gestiegene Immobilienpreise, immer weiter steigende Mieten und erhöhte Zinsen belasten viele Menschen in Niedersachsen in ihrem Leben. Für uns als SPD-Landtagsfraktion steht fest, dass wir mit der Landeswohnungsgesellschaft einen wichtigen Baustein zur Lösung der existierenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt auf den Weg gebracht haben, um Wohnen

wieder bezahlbar zu machen. Dafür wurde eine Novelle der Niedersächsischen Bauordnung, inklusive einer Umbauordnung, erarbeitet. Diese findet mittlerweile bundesweit hohe Beachtung.

Durch unsere Beschlüsse der vergangenen Monate kommen zusätzliche Familien in den Genuss zinsgünstiger Darlehen für den Wohnungsbau. Außerdem kann über das Wohnraum-schutzgesetz nun die Zweckentfremdung von Wohnraum unterbunden werden. Zusätzlich fördern wir Innovationen im Bausektor, wie den „Gebäudetyp E“. Nicht zuletzt trägt auch die komplette digitale Bearbeitung von Bauanträgen dazu bei, Genehmigungen zu beschleunigen und damit günstiger zu machen.

Mit der Novellierung der Niedersächsischen Umbauordnung (NBauO) und des Niedersächsi-schen Architektengesetzes (NArchTG), die im Sommer 2024 in Kraft treten werden, wollen wir gemeinsam mit der SPD-geführten Landesregierung einen entscheidenden Schritt in Richtung Erleichterungen und Vereinfachungen gehen. So soll es in Zukunft nicht mehr – wie heute – zwingend sein, beim Um- und Ausbau den neuesten Standard anzuwenden. Stattdessen werden auch niedrigere Standards künftig ausreichen. Das gilt z.B. für den Schallschutz und den Brandschutz. Damit können Umbauten vorgenommen werden, die früher wegen neuerer Stan-dards aus Kostengründen oder technisch nicht realisierbar waren. Insbesondere der Dachge-schossausbau soll so erleichtert werden. Für Nutzungsänderungen wird die Verfahrensfreiheit ausgeweitet, da im Ausbau im Bestand ein großes Potential für die Schaffung neuen und bezahlbaren Wohnraums liegt.

Für den Neubau sieht der Entwurf der NBauO wichtige Vereinfachungen vor. Bei innovativen Bauvorhaben sollen die Baubehörden künftig Abweichungen von vorhandenen Regelungen zur praktischen Erprobung neuer Bau- und Wohnformen im Wohnungsbau zulassen. Abweichun-gen sollen nur noch dann abgelehnt werden, wenn sie grundlegenden Anforderungen zuwider-laufen.

In anderen Bundesländern erteilte Genehmigungen für einen Gebäudetyp sollen auch in Niedersachsen anerkannt werden. Dadurch kann schneller mehr Wohnraum geschaffen werden. Zukünftig soll ein Bauantrag nach drei Monaten automatisch als genehmigt gelten, womit Bauunternehmen der Baubeginn im Sinne eines effizienten Bürokratieabbaus vereinfacht wird. Mit einer praxisnahen Anpassung der Standards für einen neuen Gebäudetyp, der Wohnqualität mit schnellem Bau verbindet, wollen wir den Wohnungsbau deutlich beschleuni-gen.

Um die Baubranche kurzfristig zu unterstützen, werden wir uns über eine Bundesratsinitiative für die Weiterführung des Kurzarbeitergeldes in der Baubranche einsetzen. Um bauen zu können, brauchen wir eine vitale Baubranche, die über das notwendige Personal verfügt. Das Kurzarbei-tergeld sehen wir als notwendigen Baustein bei der Gesamtstrategie zur Schaffung eines grö-ßeren Wohnungsangebots.

Der Deutschland-Pakt zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ist ein zentraler Grundstein zur Entlastung von Fachkräften und zur Beschleunigung von Infrastrukturverfahren sowie beim Ausbau Erneuerbarer Energien. Gemeinsam mit der SPD-geführten Landesregie-

rung sind wir als SPD-Landtagsfraktion gefordert, auch über diesen Pakt hinaus komplizierte Regelungen und zu lange Verfahrensabläufe deutlich zu vereinfachen, zu beschleunigen und eine erhebliche Überregulierung abzubauen. In der Jahresauftaktklausur des Landeskabinetts in Salzgitter (29. und 30. Januar 2024) hat sich die Landesregierung hier auf den Weg gemacht. Begleitend werden wir als SPD-Landtagsfraktion die Menschen und die Verbände in Niedersachsen bitten, uns konkrete Fälle zukommen zu lassen, um diese in den weiteren Prozess mit einbinden zu können.

## 4

### **Gute Arbeit in Niedersachsen**

Eine hohe Einkommens- und Beschäftigungssicherheit muss in der Arbeitswelt Standard sein und bleiben. Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifverträge sind unverzichtbar, um für alle Beschäftigten angemessene Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die Fachkräftegewinnung muss ein arbeitsmarktpolitischer Schwerpunkt der Landesregierung bleiben. Nur mit gut ausgebildeten Arbeits- und Fachkräften ist der Wirtschaftsstandort Niedersachsen weiterhin wettbewerbsfähig. Wir sind davon überzeugt, dass gute Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne die zwei entscheidenden Parameter sind, um Arbeits- und Fachkräfte für Niedersachsen zu gewinnen und zu halten. Dazu gehört insbesondere auch, mehr Fachkräfte auszubilden und diejenigen gezielt in den Blick zu nehmen, die häufig keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden. Als Arbeitgeber muss das Land Niedersachsen dabei ebenfalls mit attraktiven Arbeitsbedingungen vorangehen.

Die acht niedersächsischen regionalen Fachkräftebündnisse werden wir weiter stärken. Sie bilden vor Ort in den Regionen Netzwerke aus Wirtschaft, Kommunen, Kammern, Verbänden, Arbeitsmarktakteurinnen und -akteuren sowie Unternehmen und sie sind ein wichtiger Teil der Lösung der Arbeits- und Fachkräftegewinnung und -bindung in Niedersachsen.

Der Wandel der Arbeitswelt und die demografische Entwicklung erfordern es, Fachkräfte kontinuierlich weiterzubilden. Gemeinsam mit der SPD-geführten Landesregierung werden wir daher eine niedersächsische Weiterbildungsstrategie erarbeiten. Mit den Arbeitsmarktakteurinnen und -akteuren – insbesondere den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern – werden wir für eine breite Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen werben. Innovative und flexible Formate sollen sicherstellen, dass die Hürden zur Aufnahme von Weiterbildungsaktivitäten gering sind.

Das Handwerk wollen wir stärken und für junge Menschen attraktiver machen. Aus diesem Grund werden wir die Landes-Meisterprämie und die Niedersächsische Weiterbildungsprämie fortsetzen und zukunftsfähig ausgestalten.

Das Leitbild „Gute Arbeit“ bedeutet für uns auskömmliche und faire Löhne, eine geschlechtergerechte Arbeitswelt mit gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsleben, einschließlich Entgeltgleichheit und fairen Arbeitsbedingungen. Diesem Leitbild folgen vor allem Betriebe mit attraktiven Tarifverträgen. Jedoch ist die Tarifbindung in den

vergangenen zwei Jahren auch in Niedersachsen zurückgegangen. Um diesem Trend entgegenzuwirken und die betriebliche Mitbestimmung sowie die Bindung von Unternehmen und ganzen Branchen an attraktive Tarife zu stärken, streben wir eine Novellierung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) an, die sich an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren soll.

Außerdem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Erklärung repräsentativer Tarifverträge und eine Verbesserung bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen erleichtert wird, damit mehr attraktive Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich geschlossen werden können. Online-Kommunikation ist gelebter Standard in der Berufswelt. Daher streben wir eine Anpassung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) an, um den heutigen Anforderungen der Betriebsratsarbeit wie mobiles Arbeiten, Plattformökonomie oder Digitalisierung von Arbeitsprozessen gerecht zu werden. Diese Initiativen sind für die SPD-Landtagsfraktion wichtige Bausteine des im Koalitionsvertrags festgeschriebenen „Masterplans Gute Arbeit“, der den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Niedersachsen nachhaltig stärken soll.